

Die Undankbaren

Flüchtlinge protestierten Ende 2014 in München mit einem Hungerstreik gegen menschenunwürdige Bedingungen. Das bayerische Innenministerium antwortete darauf mit dem Vorwurf der Undankbarkeit. Eine Rückantwort von Stephan Dünwald.



„Das Undankbarste, weil Unklügste, was es gibt, ist Dank erwarten oder verlangen.“
Theodor Fontane (1819 – 1898)

Der Topos des Flüchtlings ist überfrachtet mit Bedeutung, aber trotzdem und gerade zurzeit grundsätzlich von einer positiven Stimmung getragen. Gleichwohl ist diese Grundströmung fragil und angreifbar. Worte wie „Sozialbetrüger“, „Asylant“, „Einwanderer in unsere Sozialsysteme“ nagen am positiven Gehalt des Begriffs vom „Flüchtling“, sind auf Ablehnung, im Falle von Pegida und Co. auch diffus auf Krawall gebürstet. Gegen die Abwehrhaltungen formiert sich eine (nicht ungeteilte) öffentliche Meinung, die „für Flüchtlinge“ eintritt, die Aufnahme von Flüchtlingen als Verpflichtung ansieht, sich für Flüchtlinge engagiert und um Flüchtlinge kümmert. Dieses Kümmern entfaltet sich, angesichts spärlicher professioneller Flüchtlingshilfe, weitgehend ehrenamtlich.

Enttäuschte Willkommenskultur

Die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, ist groß: Kommunen und Wohlfahrtsverbände müssen Stellen und Hotlines einrichten, um sie und ihren Materialausstoß zu organisieren: Bald werden ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gesucht, um die Spenden der vielen Hilfsbereiten zu sortieren und den Flüchtlingen zukommen zu lassen. Überall im Land gründen sich Initiativen, die sich um die Bewohnerinnen und Bewohner von Flüchtlingsunterkünften kümmern; manchmal weit bevor überhaupt Flüchtlinge in die Ortschaft kommen. Die Hilfsbereiten eint ein doppeltes Motiv: einerseits Flüchtlingen zu zeigen, dass sie willkommen sind, andererseits den anderen Eigenen zu demonstrieren, dass sie für Flüchtlinge einstehen und die anderen sich zum Teufel scheren sollen. Während die einen „das Volk“ als großes WIR bemühen, wollen die anderen zeigen, dass ihr WIR nicht eine Vereinigung von rassistischen und fremdenfeindlichen Menschen ist.

In dieser Situation versammelt sich ein kleines Grüppchen Flüchtlinge angemeldet auf dem Münchener Sendlinger-Tor-Platz, um zu demonstrieren. Ihre Forderungen sind diffus: Sie wollen Aufenthaltsrechte und sie wollen eine bessere Unterbringung. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen treten sie in den Hungerstreik. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Aus der bayerischen Regierung heraus kommt aber ein klares Signal:

Der Hungerstreik beschäftigte am Dienstag auch das bayerische Kabinett. Innenminister Joachim Herrmann und Staatskanzleichef Marcel Huber (beide CSU) warfen den Flüchtlingen Undankbarkeit vor. Es handle sich um einen „schweren Schlag“ bei den Bemühungen, um Verständnis für die Situation von Flüchtlingen zu werben, sagte Huber. (Süddeutsche Zeitung vom 25.11.2014)

Undankbarkeit. Das ist zugleich sehr eingängig und schwer zu deuten. Was heißt es, wenn zwei hohe Regierungsvertreter, der eine (Huber) zuständig für den Krisenstab einer rundum chaotischen Unterbringungssituation, der andere (Herrmann) immerhin oberster Türsteher Bayerns, einem kleinen Häuflein Flüchtlinge Undankbarkeit vorwerfen? Eine erste Antwort ist schnell gefunden. Flüchtlinge sollen DANKBAR sein dafür, dass man sie überhaupt ins Land gelassen hat (Bayern und Deutschland tun alles, um dies zu verhindern, wer es dennoch schafft, soll also da schon mal dankbar sein – aber wem gegenüber?), und dass man sich auch noch bemüht sie unterzubringen und ihnen was zu essen gibt (auch wenn das unter allseits bekannten katastrophalen Umständen für viele Flüchtlinge passiert, die schon mal draußen schlafen müssen, die nicht immer zu essen bekommen, die oft binnen einer Woche eine ganze Kette von Notunterkünften durchlaufen).

Dies lässt sich noch ausbauen. Denn die Flüchtlinge vom Sendlinger-Tor-Platz sind keine Neuankömmlinge. Alle sind schon seit Jahren in Deutschland, ihr Asylantrag wurde abgelehnt, sie leben mit Duldung. Auch dafür: Dankbarkeit? Nicht zufällig kommen die protestierenden Flüchtlinge aus Lagern, in denen schlechte Bedingungen herrschen: In Lechbruck im Allgäu wurde die Verwalterin der Unterkunft, die für ihre Arbeit höchstens dadurch qualifiziert ist, dass sie einen Ponyhof ihr Eigen nennt, wegen tätlicher Übergriffen gegen die Flüchtlinge angezeigt; Neuburg an der Donau ist ein Barackenlager, das seit Jahren in gleichbleibender Schabigheit betrieben wird; in Bayerisch Gmein bekommt, wer nicht um Punkt Eins erscheint, nichts mehr zu essen und wird vom Wirt eigenhändig aus der Stube geworfen. Diese Liste ließe sich ins beinahe Unendliche fortsetzen.

Wegen vieler neuer Flüchtlinge hat die Staatsregierung kurzerhand alle Mindeststandards außer Kraft gesetzt und nolens volens Kontrakte mit Leuten gemacht, die ihre schäbige Pension vor der Schließung retten wollen oder gezielt die Situation ausnutzen, um sich an der Unterbringung von Flüchtlingen gesund zu stoßen. Das ergibt unheilige Allianzen zwischen Landratsämtern, die wegschauen, wenn es Schwierigkeiten mit Unterkünfts-

betreibenden gibt, und den Besitzerinnen und Besitzern von Einrichtungen, die ja den Landräten helfen, das Problem der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu lösen. Solange Flüchtlinge nicht protestieren, bleiben sie beliebig den Interessen von Landkreis und privaten Betreiberinnen und Betreibern ausgesetzt. Wenn sie sich wehren, werden sie zumeist in andere Unterkünfte verlegt, und gelten vor allem als eins: UNDANKBAR.

Still sitzen und Mund halten

Die Politik verlangt von Flüchtlingen nicht Dankbarkeit, sondern Anpassung, Demut, Unterwerfung unter die Bedingungen, die halt Flüchtlingen so geboten werden. Das ist eine Haltung, die insbesondere auch den Ausländerbehörden in Fleisch und Blut übergegangen ist. Wessen Asylantrag abgelehnt wurde, der soll der Behörde einen Pass abgeben, damit diese die Abschiebung organisieren kann. In Bayern sind gerade knapp 1000 afghanische Flüchtlinge nur geduldet. Weil sie Angst haben, ihren Pass abzugeben, werden sie von Ausländerbehörden bedroht, ihnen wird ein Arbeitsverbot auferlegt. Obwohl nur eine Handvoll Menschen aus Afghanistan abgeschoben wurden, ergreift die Angst doch all die vielen, die dieses Schicksal erleiden könnten. Hier wird eine aktive Desintegration betrieben, Menschen verlieren Arbeit, Hoffnung und Perspektive auf ein Leben in Sicherheit. Wer aber hier protestiert, wird von Innenminister Herrmann UN-DANKBAR genannt. Und der Innenminister setzt noch eins drauf:

„Für die allermeisten unserer Mitbürger ist es sehr unverständlich, dass man sich in einer solchen Situation auch noch in einer solchen Art und Weise über die Bedingungen in Deutschland beschwert. Wir haben für diese Aktion null Verständnis.“

Zumindest der Innenminister sollte es besser wissen. Und viele der Initiativen, die sich derzeit um Flüchtlinge kümmern, wissen es auch besser. Ein großer Teil ihrer Energie wird von den Widrigkeiten absorbiert, die bayerische Behörden den Flüchtlingen bereiten. Sie müssen Flüchtlinge auf Ämter begleiten und erfahren dort, dass die Mitarbeitenden der Ausländerbehörden sehr viel härter, uneinsichtiger und bisweilen kaltherziger mit Menschen umgehen können, als sie sich das je hätten vorstellen können. Ein junger Mann in Hammelburg in Unterfranken beschrieb diese Erfahrung von Ehrenamtlichen einmal so: „Wer als Nachbar, also als ein ganz normaler Mensch, sich um seine Nachbarn, die Flüchtlinge sind, kümmern will, der wird erfahren, dass die Ausländerbehörde nicht eine normale Behörde ist,

sondern ganz schnell zum Feind werden kann.“ Dies, so der Mann, sei eine ebenso bedrückende wie empörende Erfahrung.

Für einen Umgang in Recht und Würde

Wer Flüchtlinge nur als Folie, als Gegenstand der Auseinandersetzung um Bilder benutzt – gute Deutsche haben Willkommenskultur, böse Deutsche wollen keine Ausländerinnen und Ausländer – wird vielleicht die Hungerstreikenden auch als undankbar empfinden. Wer sich aber mal mit Flüchtlingen eingelassen hat, wer ihre Lebenssituation kennt und die Behördenmauern, gegen die anzurennen ist, wenn man an diesen Umständen etwas ändern will, macht eins gewiss nicht: Flüchtlingen, die gegen ihre Situation protestieren, UN-DANKBARKEIT vorzuwerfen. Wir brauchen eine neue Initiative, die Flüchtlingen die Würde zurückgibt, die ihnen in Bayern durch den Umgang der Behörden genommen wird. Eine Initiative, die Flüchtlingen auch das Recht zugesteht, für ihre Menschenrechte, für Gleichheit und Lebenschancen, wenn nötig auf die Straße zu gehen, und sie dabei begleitet.

Eine solche Initiative oder Kampagne müsste für einen anderen Umgang mit Flüchtlingen eintreten: gegen Ausländer- und Sozialbehörden, die Flüchtlinge manchmal behandeln, als seien sie lästige Bittstellerinnen und Bittsteller, die man leider nicht von der Türschwelle wegstauben kann. Einen Asylantrag zu stellen ist Recht, keine Gnade. Und auch mit der Aufnahme von Flüchtlingen genügt Deutschland oder Bayern, teilweise mehr schlecht als recht, nur internationalen und europäischen Verpflichtungen. Die weit verbreitete Schabigheit, mit der Flüchtlinge empfangen werden – oft unter dem Deckmantel der Eile und des Provisorischen – sollte angeprangert werden. Hierzu muss sich die Überzeugung durchsetzen, dass der Aufenthalt von Flüchtlingen nicht nur vorübergehend - provisorisch - ist. Die meisten werden bleiben, und dieses Bleiben und nicht die Abschreckung sollte zum Paradigma erhoben werden. Die meisten werden auch für sich sorgen können, arbeiten, studieren, eine gelungene Integration hinlegen. Andere werden weiter Unterstützung brauchen und dies darf kein Kriterium des Ausschlusses werden. In einem gesellschaftlichen Klima, das den Antrag auf Asyl und Schutz als Recht wahrnimmt, sollte Dankbarkeit nicht eine Forderung sein, sondern - wenn überhaupt - ein Geschenk.<

Stephan Dünnwald
ist (endlich wieder)
Mitarbeiter des
Bayerischen
Flüchtlingsrats und
Migrationforscher